

Ein Land ohne Infrastruktur ist ein Land ohne Zukunft!

Das Parlament hat am Donnerstag das Gesetz zum Bau eines Gefängnisgebäudes auf „Uerschterhaf“ in der Gemeinde Sanem angenommen. Dies ist ein prioritäres Projekt dessen Notwendigkeit unbestritten ist, wohlwissend dass kaum eine Gemeinde sich um solche Infrastrukturen reißt.

Unser Land wächst stetig und laut den letzten Prognosen der Regierung werden wir bis 2018 600.000 Einwohner zählen. Ein solches Bevölkerungswachstum muss von den notwendigen Investitionen begleitet werden. Hier kann und darf nicht zu viel gespart werden, es sei denn man möchte bewusst die Zukunft Luxemburgs in Frage stellen.

Infrastrukturpolitik muss folglich langfristig geplant werden. Aus diesem Grund hat die vorherige Regierung unter der Federführung der CSV die sogenannten „Plans sectoriels“ ausgearbeitet. So ist es z.B. Ziel vom „Plan sectoriel Lycées“ die Verteilung der Schulgebäude so zu organisieren, dass allzu lange Transport- und Anfahrtswege vermieden werden können. Einer der wichtigsten Leitpläne ist zweifelsohne der „Plan sectoriel Transport“ der die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes vorsieht. Die CSV unterstützt die unternommenen Bemühungen im öffentlichen Transport, allen voran bei Bahn und Tram.

Wenn der öffentliche Transport weiter ausgebaut werden muss, so sind wir jedoch auch der Auffassung, dass die Investitionen in den Individualverkehr, der sicherlich weiter ansteigen wird, in den kommenden Jahren nicht zu sehr vernachlässigt werden dürfen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Regierung Projekte wie:

- den Ausbau der A3/A4 auf 2x3 Bahnen
- die Umgehungsstraße Olm/Kehlen
- die Umgehungsstraße Diekirch Nord
- die Umgehungsstraße Sanem

und verschiedene andere, umsetzen muss und folglich nicht zurückstellen darf. Infrastrukturpolitik ist nicht nur Landesplanung sondern vor allem Zukunftsplanung!

Claude Wiseler